

	Veröffentlichung	Ort der Veröffentlichung
Satzung	30.04.2022	AB LK Mansfeld-Südharz 04/2022

Satzung

über die Erhebung von Verwaltungskosten des Abwasserzweckverbandes Wipper-Schlenze

(Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 5 und 8 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG-LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA Seite 288), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2020 (GVBl. LSA S. 712, 713) in Verbindung mit den §§ 9 und 16 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Februar 1998 (GVBl. LSA S. 81), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2020 (GVBl. LSA S. 384), der §§ 2 und 4 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes am 15. Dezember 2020 (GVBl. LSA S. 712) und dem Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27. Juni 1991, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2010 (GVBl. LSA S. 340) und der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes seiner jeweils gültigen Fassung hat der Abwasserzweckverband in seiner Verbandsversammlung am 31.03.2022 folgende Verwaltungskostensatzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im Nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungskreis des AZV werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im Nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2

Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3

Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.

(3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit

- a) ganz oder teilweise abgelehnt,
- b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.

(4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.

(5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgekommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4

Rechtsbehelfsgebühren

(1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war, mindestens jedoch 10,00 €.

War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf 10,00 € bis 500,00 €.

Innerhalb dieses Rahmens sollte die Gebühr für Entscheidungen gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v. H. der strittigen Kosten nicht übersteigen, sofern nicht das Maß des Verwaltungsaufwandes im Einzelfall eine höhere Gebühr erfordert.

(2) Wird dem Rechtsbehelf ganz oder teilweise stattgegeben, so werden keine Gebühren erhoben.

(3) Wird der Rechtsbehelf ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Abs. 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Rücknahme, höchstens jedoch auf 25 v.H.

(4) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5

Gebührenbefreiungen

(1) Gebühren werden nicht erhoben für:

1. mündliche Auskünfte,
2. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen.
3. Verwaltungstätigkeiten, zu denen in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.

(2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Abs. 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.

- (3) Abs. 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.
- (4) Ergeben die nach der Anlage zu erhebenden Gebühren im Einzelfall in der Summe einen Betrag von 5,00 €, so wird keine Gebühr erhoben.
- (5) Von Mitgliedsgemeinden werden keine Verwaltungsgebühren erhoben, sofern sie nicht als Grundstückseigentümer auftreten.

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung und sonstigen Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25,00 € übersteigen.

Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne sie gegenseitig auszugleichen.

- (2) Die Auslagen werden insbesondere erhoben:

1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete des AZV zugestellt, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstandenen Postgebühren erhoben;
2. Kosten für Telekommunikation,
3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
5. Bei Dienstgeschäften entstandene Reisekosten,
6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften; Auszüge. Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.

- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr mit Gebietskörperschaften im Lande werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7 Befreiung, Ermäßigung, Stundung, Niederschlagung, Erlass

- (1) Auf Antrag kann von der Erhebung der Gebühr und der Auslagen abgesehen werden, wenn dies bei Anlegung eines strengen Maßstabes aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten geboten scheint.
- (2) Im Übrigen richten sich Befreiung und Ermäßigung gemäß § 4 Abs. 4 KAG LSA nach den Vorschriften des § 12 Abs. 2 S. 2 des VwKostG LSA.
- (3) Bereits festgesetzte Gebühren können gestundet, niedergeschlagen und erlassen werden.

§ 8 Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9 Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet
 1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
 2. wer die Kosten durch eine des AZV gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 10 Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht der AZV einen anderen Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 11 Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 12 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt damit die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten des Abwasserzweckverband Wipper-Schlenze vom 25.02.2013 (Tag der Veröffentlichung) außer Kraft.

Hettstedt, den 01.04.2022

Sterzik
Verbandsgeschäftsführer



Anlage zur Verwaltungskostensatzung

Kostentarif
(§ 2 der Verwaltungskostensatzung des AZV Wipperfurth)

Gebühren
(§§ 3 und 4 der Verwaltungskostensatzung des AZV Wipperfurth)

und Pauschbeträge für Auslagen
(§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung des AZV Wipperfurth)

1. Abschriften, Durchschriften und andere Vervielfältigungen

Abschriften je angefangene Seite

im Format DIN A5 2,05 €

im Format DIN A4 3,10 €

2. andere Vervielfältigungen mit Lichtpaus-, Fotokopier- u. ähnlichen Geräten je Seite

bis zum Format DIN A4 (schwarz-weiß) 0,50 €

im Format DIN A3 (schwarz-weiß) 0,75 €

bis zum Format DIN A4 (farbig) 1,00 €

im Format DIN A3 (farbig) 1,50 €

3. mit Büro-Druckgeräten bis zum Format DIN A4

je Seite 2,50 €

4. Akteneinsicht, Auskünfte

4.1 Die Einsicht in Akten, Register, Karteien und dergleichen, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifnummer keine Gebühren vorgesehen sind, für jeden Fall, pro angefangener halben Stunde 20,00 €

4.2	Auskünfte aus Akten, Registern, Karteien und dergleichen wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann, für jeden Fall, pro angefangener halben Stunde	20,00 €
4.3	wenn besondere Ermittlungen notwendig sind, wird dies zusätzlich zu 4.1. und 4.2. vergütet. Pro Vorgang je	20,00 €
4.4.	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen an interessierte Gesellschaften o.ä.	
	Grundgebühr	7,50 €
	zuzüglich je angefangene Seite	2,00 €

5. Abgabe von Druckstücken
(Abgabensatzungen, Pläne, Tarife, Straßenverzeichnisse und dergleichen)

Die Kosten entnehmen Sie bitte der Ziffer 2.

6. Aufnahme von Verhandlungen

Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzung gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen)

je angefangene halbe Stunde	20,00 €
-----------------------------	---------

7. Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang nicht näher bestimmt werden können,

wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist, je angefangene halbe Stunde	20,00 €
--	---------

8. Feststellungen aus Konten und Akten

Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung	15,00 €
für alle sonstigen Fälle je angefangene halbe Stunde	20,00 €

9. Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen

Versendung von Verdingungsunterlagen (Papier)	65,00 €
Versendung von Verdingungsunterlagen (Digital)	25,00 €

10. Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmern an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden

je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle	30,00 €
Abnahme 2. Wasseruhr Inkl. Genehmigung, Abnahme vor Ort und Kleinmaterial	100,00 €
vergebliche Anfahrt nach Terminvereinbarung (fruchtlose Anfahrt)	50,00 €

11. Genehmigungen/Erlaubnisse auf Grund geltender Satzung über die Schmutzwasserbeseitigung des AZV

11.1 Entwässerungsgenehmigung entsprechend der Schmutzwasserbeseitigungssatzung einschließlich der einmaligen Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage vor Ort und Abnahmeprotokoll	120,00 €
11.2 Wiederholte Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage infolge Mängelbeseitigung je angefangene halbe Stunde	30,00 €
11.3 Sonstige Abnahmen der Grundstücksentwässerungsanlage je angefangene halbe Stunde	30,00 €
11.4 Änderungsgenehmigung nach § 6 Abs. 5 Schmutzwasserbeseitigungssatzung Bürotätigkeit ohne Abnahme vor Ort	60,00 €
11.5 Sonstige Prüfungsmaßnahmen, wie z.B. örtl. Einweisung je angefangene halbe Stunde	30,00 €
11.6 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang Jede weitere Verlängerung	75,00 € 50,00 €

- 11.7 Entwässerungsgenehmigung entsprechend der Schmutzwasserbeseitigungssatzung für gewerbliches Schmutzwasser einschließlich der einmaligen Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage vor Ort und Abnahmeprotokoll 150,00 €

Bei einem Zeitaufwand über 3 Stunden, darüber hinaus gilt Ziffer 11.5

- 11.8 Entnahme und Untersuchung von Schmutzwasserproben gemäß § 8 Abs. 13, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln des Anschlussnehmers erforderlich werden zuzüglich Auslagen wie z.B. externe Laborkosten 85,00 €

12. Rechtsbehelfe:

Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidungen über Widersprüche Dritter:

10,00 € - 500,00 € *

* Anmerkung zu lfd. Nr. 12

Mit Orientierungshilfe für die Festsetzung der Rechtsbehelfsgebühr innerhalb des weiten Rahmens von 10,00 - 500,00 € kann die Anlage 2 zu § 11 Abs. 2 des Gerichtskostengesetzes herangezogen werden.

13. Mahngebühren für Mahnungen:

	angemahnter Betrag	Mahngebühren
bis zu	250,00 € einschließlich	5,00 €
bis zu	500,00 € einschließlich	10,00 €
bis zu	2.500,00 € einschließlich	22,50 €
bis zu	5.000,00 € einschließlich	37,50 €
über	5.000,00 €	50,00 €